

Die Stage-Zeit wird endlich geregelt

MINISTERRAT „Mini-Crèches“ für ländlichen Raum

Serge Kennerknecht

Gute Nachricht für Studenten und andere Berufsanwärter: Die für viele so wichtige Stage-Zeit wird endlich gesetzlich geregelt.

Die Regierungsmitglieder haben gestern beschlossen, der Praktikums-Zeit eine gesetzliche Grundlage zu geben. Sie kommen damit einer langjährigen Forderung des Studentenverbandes ACEL („Association des cercles d'étudiants luxembourgeois“ entgegen. Diese hatte moniert, dass es für viele Luxemburger Studenten schwer sei, eine Stelle für ein Praktikum zu finden und auch bescheinigt zu bekommen, was vorrangig an der fehlenden gesetzlichen Grundlage liege. Dies gelte vor allen Dingen für die obligatorischen Stages, die von Universitäten im Rahmen eines Studiums z.B. verlangt werden. Doch ob nun ein Pflicht- oder ein freiwilliges Praktikum, die Regeln werden für beide gleich sein. Vorgesehen ist, eine zentrale Plattform zu schaffen, die sich um das Angebot kümmert. Stage-Posten dürfen nicht benutzt werden, um einen festen oder zeitlich befristeten Arbeitsplatz zu ersetzen. In einem Be-



Foto: Fabrizio Pizzolante

Voller Erfolg für die ACEL und ihren neuen Präsidenten Pol Lutgen

trieb mit bis zu 50 Mitarbeitern dürfen nicht mehr als 10% in einem Praktikum sein. Die Dauer des Praktikums beläuft sich auf maximal sechs Monate. Während der ersten drei Monate wird die

Zahlung eines eventuellen Entgelts zwischen dem Praktikanten und dem Betrieb ausgehandelt. Was in den meisten Fällen bedeutet, dass dies dem Gutdünken des Arbeitgebers überlassen bleibt.

Für die letzten drei Monate jedoch muss monatlich mindestens die Hälfte des gesetzlichen Mindestlohnes bezahlt werden. Während des Stages muss ein Protokollbuch geführt werden, in das

auch die Personaldelegation Einblick haben muss.

Die Regierung hat sich gestern auch für einen gesetzlichen Rahmen für die sogenannten Mini-Kitas ausgesprochen. Diese werden ganz besonders mit Blick auf den ländlichen Raum ermöglicht. Eine solche Tagesstätte kann von zwei Personen betrieben werden, die die gesetzlichen Kriterien für die Aufsicht von Kindern erfüllen müssen. Bis zu elf Kinder können künftig in solchen Einrichtungen betreut werden. Wobei sowohl die „chèques services“ als auch die damit verbundenen 20 kostenlosen Betreuungsstunden in Anspruch genommen werden können. Die Regierung gab gestern ebenfalls ihre Zustimmung zu einem vierjährigen nationalen Plan für seltene Krankheiten. Krankheiten demnach, über die eigentlich nicht viel bekannt ist. Obwohl es inzwischen deren rund 7.000 gibt, die dank moderner Technologien nachgewiesen werden können. 30 Millionen Europäer sollen betroffen sein, woraus sich ableitet, dass es in Luxemburg rund 30.000 Leute sind. Es sollen eine zentrale Koordinationsstelle und eine Help-line eingerichtet werden. Die entsprechende Forschung wird stärker unterstützt.

Regierung bereit zu Treffen mit CGFP

80-80-90 Kein Konsens in Sicht



Foto: Editpress/Didier Sylvestre

Unterschiedliche Ansichten zwischen Bettel und der CGFP

Premierminister Xavier Bettel und Innenminister Dan Kersch sind jederzeit bereit, sich mit den Vertretern der Staatsbeamtenengewerkschaft CGFP zu treffen.

Diese hatte in einer Mitteilung ein solches Treffen verlangt. Es geht hauptsächlich um die Forderung nach einer Änderung der aktuellen 80-80-90-Regelung für Beamtenanwärter. Diese erhalten durch die statutarische Reform seit kurzem nur je 80% Gehalt im ersten und im zweiten Stage-Jahr und 90% im dritten.

Abkommen und Reform gehören zusammen

Die CGFP hatte in diesem Zusammenhang neben der Regierung auch sämtliche Parteien angesprochen und sie ultimativ aufgefordert, bis zum 19. Februar ihre Position zu der Regelung mitzuteilen. Was die Parteien auch taten. Mit der LSAP, „déi gréng“ und der CSV wurden inzwischen

Unterredungen vereinbart. Nachdem auch die Regierung geantwortet hatte, verlangte die CGFP ein Dringlichkeitstreffen mit Premierminister Xavier Bettel. Die Regierung hat schon zu verstehen gegeben, eine entsprechende Diskussion nur im Rahmen der Verhandlungen über ein nächstes Gehälterabkommen führen zu wollen. Die CGFP vertritt den Standpunkt, die umstrittene Regelung sei nicht Bestandteil des Gehälterabkommens, sondern eine Kompromisslösung, die im Rahmen der Dienstrechtsreform im Jahre 2015 zustande gekommen sei. Daher sei es möglich, sie durch eine weitere Reform abzuschaffen. Gehälterabkommen und Dienstrechtsreform zu vermischen, sei ein „No-Go“, so die CGFP.

Diese Position kann Premier Bettel nicht teilen. Für ihn bilden beide Bestandteile, Gehälterabkommen und Dienstrechtsreform, ein Ganzes. Es seien keine getrennten Elemente, so wie es die CGFP darstelle, unterstrich Xavier Bettel. Ein Datum für das Treffen steht noch nicht fest.

CENTRE for ECOLOGICAL LEARNING LUXEMBOURG
the official transition hub

Transition Days 2018

our FOOD our FUTURE

Wie wir gut essen und das Klima schützen

www.transitiondays.lu

LE GOUVERNEMENT DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Ministère du Développement durable et des Infrastructures
Département de l'environnement

oe ŒUVRE Nationale de Secours Grande-Duchesse Charlotte